



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der preußische "Obrigkeitsstaat"

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

steigerung des Bodens in den neuen Gebieten eine Verzinsung von 6 Prozent mit Sicherheit erwarten läßt; eine höhere Verzinsung ist mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit nicht zulässig. \*)

Mit der Besiedlung der baltischen Provinzen setzt das deutsche Volk die großartige Siedlungstätigkeit fort, die im 13. Jahrhundert deutsche Kultur über das ganze Gebiet östlich der Elbe bis zu den Grenzen des Reiches und darüber hinaus getragen hat. Fast die Hälfte des heute deutschen Gebietes verdanken wir den Koloniatoren der Staufer-Zeit, darunter die Kernlande der preußischen Monarchie. Was ihnen gelang, muß uns um so mehr gelingen, als wir jetzt den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches hinter uns haben, der jenen versagt war.



## Der preußische „Obrigkeitsstaat“



ie Eigenart unserer Regierungsform ist eine Tatsache, mit der man rechnen muß. Das monarchisch-konstitutionelle Regiment ist eine typisch deutsche, insbesondere preußische Erscheinung. Nur die österreichischen Verfassungsverhältnisse (Zisleithanien) könnte man zum Vergleich heranziehen, allenfalls auch noch Schweden mit seinem Dualismus zwischen König und Reichstag. Aber schon bei diesem Beispiel sind die Ansichten geteilt. Neueste Beurteiler sehen hier eine Variante der parlamentarischen Regierungsform verwirklicht, deren englische Schablone sonst für ganz Europa und weit über seine Grenzen hinaus in mehr oder weniger geglücktem Abdruck Anwendung gefunden hat.

Abweichungen von der Regel, Durchbrechung der Sitte und Konvention reizen zur Kritik. Beim Freunde drückt man die Augen zu, wagt sie der Konkurrent und Gegner, so ist das Urteil um so schärfer.

Die Staatsmänner des Vielverbandes werden nicht müde, in immer neuen Zerbildern das Wesen unserer innerpolitischen Struktur zu verunglimpfen. Es ist ja auch ein zu dankbares Agitationsmittel, wenn man den eigenen Völkern Sand in die Augen streuen kann, so daß sie vor lauter Autokratie und Unfreiheit, Prussianismus und Potsdamer Reiterstiefel beim Gegner die Mißstände bei sich zu Hause nicht mehr merken.

Wir wären nicht Deutsche, wenn wir nicht selber von jeher über das Problem unseres politischen „Anderseins“ ernst und gewissenhaft nachgedacht hätten. Das Ergebnis drückt man in der Regel so aus, daß der Übergang zur modernen Verfassung bei uns nicht jene Identität zwischen Volk und Staat verwirklicht habe, wie sie in den meisten anderen Ländern durch die parlamentarische Herkunft der „Regierung“ nun einmal mindestens äußerlich und formell — schon das aber ist wirksam — hergestellt ist. In Preußen-Deutschland sind durch die völlig singuläre Macht der Krone und ihrer Bureaucratie starke Elemente der früheren absolutistischen Regierungszeit in die konstitutionelle Periode mit hinübergenommen worden. Der genossenschaftliche Gedanke, obwohl natürlich seit der Reformzeit vor hundert Jahren wieder lebendig — wie könnte es anders sein, handelt es sich doch um eine uralte germanische Rechtsanschauung — hat bisher gegenüber dem Autoritätsprinzip nicht diejenige Geltung erringen können, die dem Ideal moderner Staatsbildung entspricht. Dieses Resultat ist je nach der politischen Stellung des Beurteilers mit mehr oder weniger Leidenschaft und dementsprechender

\*) Die Geschäftsstelle der beiden Gesellschaften befindet sich Berlin W., Schöneberger Ufer 21.

Färbung verkündet worden. An ihm vorübergehen konnte niemand, der die Dinge ohne Scheuklappen betrachtete. Wenn ein so preussisch fühlender Historiker wie Otto Hinz im Jahre 1913 schreibt: „Der genossenschaftliche Gegenpol der starken Herrschergewalt ist in diesem Militär- und Beamtenstaat einigermaßen verkümmert; die Selbstverwaltung ist nur eine Ergänzung der im wesentlichen bürokratischen Verwaltungsorganisation, und die Volksvertretung ist eigentlich auch mehr nur eine Ergänzung der monarchischen Staatsordnung als ein wirklich ganz gleichberechtigtes, selbständiges Staatsorgan neben der Krone“ — so läßt diese Zeichnung an Schärfe nichts zu wünschen übrig und unterscheidet sich nur dem Vorklaut nach von Äußerungen, wie sie, schon vor dem Kriege, auf den Bänken der Linken laut wurden und literarisch besonders eindringlich von Hugo Preuß formuliert worden sind.<sup>\*)</sup> Wir haben in der Tat die moderne Staatsform nicht unter Verdrängung der Obrigkeitsregierung, sondern mit dem unausgeglichenen Widerspruch des alten und des neuen Organisationsprinzips übernommen. Das Wesen des „Obrigkeitsstaates“ zeigte sich nicht nur darin, daß der Weg zu staatsmännischem Wirken Vorbehalt der Obrigkeitsregierung war. Das Kaiserwort des 4. August wirkte doch darum so erlösend, weil es den unseligen Gegensatz zwischen den „Staatserhaltenden“ und jenen anderen aus der Welt schaffte, die den Staat nicht als den ihren betrachteten, in zwingendem Wechsel von ihm ausgeschlossen wurden und sich selbst ausschlossen. Eine der bösesten Folgen der Verkümmernng des genossenschaftlichen Prinzips — so hat man die Dinge von konservativem Standpunkte aus ganz richtig gesehen — war die abnorme Entwicklung der Sozialdemokratie, die gerade deswegen bei uns stärker und staatsfeindlicher wurde, als in irgendeinem anderen Lande. Es hat keinen Zweck, den Sachverhalt zu verhüllen. Das allerdings muß gleich hinterdrein gesagt werden. Die angedeutete Form seiner innerpolitischen Entwicklung war dem preussischen Staate von den Mächten der Geschichte vorgeschrieben, also im wesentlichen Teile nicht die Schuld reaktionärer Gewalten, und, wohl gemerkt, wir reden von einer Entwicklung, die mit dem Zeitalter des Weltkrieges ihren Abschluß finden wird. Ausdrücklich mag auch erwähnt werden, daß wir den Vergleich mit anderen Staaten absichtlich beiseite lassen. Der kategorische Imperativ verlangt die gewissenhafte Prüfung des eigenen Wesens ohne Rücksicht auf die moralischen Qualitäten der Umwelt. Auch politische Fehler entschuldigt man nicht durch den Hinweis, daß es wo anders nicht besser bestellt ist.

Der „Obrigkeitsstaat“ ist das Produkt unserer Geschichte, das politische „Anderseits“ Preußen-Deutschlands wurzelt in dem historisch-politischen Schicksal des Landes. Ohne zu verkennen, daß sich Naturanlage und geschichtliche Entwicklung eines Volkes untrennbar verketten, wird man doch auf diese den Nachdruck legen müssen. Denn es ist nicht nationale Voreingenommenheit, wenn man feststellt, daß wohl kein Volk der Erde einen dornigeren Weg zu seiner Bestimmung schreiten mußte als das unserige. Die Spuren dieses Leidensweges aber mußten sich dem deutschen politischen Wesen tief eindrücken, und es ist kein Wunder, daß sich seine Züge von denen glücklicherer Nachbarn unterscheiden. Auch sie haben ihre absolutistische Periode gehabt, auch sie kennen also das Wesen des eigentlichen Obrigkeitsstaates. Nirgends mußte man aber doch diese den kontinentalen Macht- und Rivalitätskämpfen, der machtsstaatlichen Konsolidierung angepaßte Regierungsform so rein und nachhaltig ausbilden, wie in dem von Feinden und Konkurrenten umgebenen Preußen, dem die unendlich schwierige Aufgabe zufiel, an einem Orte politischer Luftdünnheit, wo sich die Stürme Europas ihr Stelldichlein zu geben pflegten, ein neues staatliches Zentrum durchzusetzen. Das konnte nur durch eine raffinierte Ökonomie der verfügbaren Kräfte und durch ihre restlose Ausnutzung geschehen, wobei dann allerdings zu sonstiger freier Betätigung nicht viel Raum blieb. Und dieser außenpolitische Druck, in der Vergangenheit ganz sicher der Gradmesser innerpolitischer Freiheit, hat sich auch in der Folge nicht

<sup>\*)</sup> Schon vor dem Kriege, dann besonders 1915 in seinem Buche „Das deutsche Volk und die Politik“.

verändert. Als die anderen schon längst den Prozeß ihrer staatlichen und nationalen Einigung beendet hatten und sich in bequemer Rentnerstimmung dem wohllicheren Ausbau des Inneren zuwenden konnten, führten wir noch immer mitten in den Spannungen der europäischen Lage schwere Existenzkämpfe und suchten eine Antwort auf die Frage: Was ist des Deutschen Vaterland? Zwar hatte inzwischen insbesondere der preußische Staat sein Reformzeitalter erlebt, das die schroffe Ständescheidung des ancien régime aufhob und den freien Bauer und Bürger aus passiven Untertanen zu bewußten und interessierten Mitgliedern des staatlichen Verbandes umschuf, wie die nationale Begeisterung der Befreiungskriege zeigte. Aber die damalige Renaissance des Genossenschaftsgedankens, die Emanzipation der Gesellschaft vom obrigkeitlichen Staate ist auf halbem Wege ins Stocken geraten. Wenn wir die programmatischen Forderungen des Freiherrn vom Stein, wie er sie in seinem politischen Testamente niedergelegt hat, mit dem vergleichen, was unter Hardenberg und weiterhin verwirklicht wurde, so zeigt es sich, daß die Entwicklung, abgesehen von dem Ausbau der Selbstverwaltung in den siebziger und achtziger Jahren, doch andere Bahnen eingeschlagen hat. Der Schöpfer der Städteordnung hat in seinem idealistischen Bestreben, den Geist der Freiwilligkeit, des Gemeinnes und der genossenschaftlichen Verpflichtung an die Stelle obrigkeitlich-militärisch-bureaucratistischen Zwanges zu setzen, die internationalen Spannungsverhältnisse zu gering eingeschätzt, die von Preußen fortgesetzte Berücksichtigung heischten. Und schließlich hat doch diese Kraft der Selbstorganisation aus dem Schoße der Nation heraus verfaßt (Paulskirche) und nicht sie, sondern die Politik des ferro ignique, mit den Machtmitteln des Obrigkeitsstaates den großartigen Bau der nationalen Einheit vollendet. Nicht ist, wie der Großdeutsche Stein es wollte, Preußen in Deutschland aufgegangen, sondern von ihm als festem Kern hat sich die Reichsbildung vollzogen. Die beispiellosen Erfolge der Bismarckschen Politik haben den bureaucratistischen Obrigkeitsstaat, das monarchisch-konstitutionelle Regime auf Jahrzehnte hinaus fest in den Sattel gesetzt und die frederizianischen Traditionen auf einer neuen Linie wieder aufgenommen.

Man kann gegenüber diesen fundamentalen Entwicklungstatsachen der preußischen Geschichte ein doppeltes Verhalten beobachten. Wer ihnen unwillig, über ihre Herbittheit erbittert und pessimistisch entgegentritt, gewahrt nur die dunklen Partien des Bildes und endet in leidenschaftlicher Kritik und hoffnungslosem Verzweifeln. Wer sich aber mutig mit den Realitäten abzufinden sucht und „nun erst recht“ dem Mühsamen und Schwierigen die gute Seite abgewinnt, der entdeckt genug, was ihm das Herz aufzurichten vermag. Diese Stimmung ist weit davon entfernt, den Kopf in den Sand zu stecken und die vorliegenden Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen. Im Gegenteil, sie fühlt die Verantwortung, den Finger auf brüchige Stellen zu legen, ebenso stark wie jene andere Richtung, aber sie geht nicht mit griesgrämigem Gesicht ans Werk, sondern voll Zubericht, weil sie Fundamente sieht und kennt, auf denen sie aufbauen kann. Nichts ist jedenfalls fruchtloser und bei ruhiger Berlegung beschämender als hinter Schicksalsnotwendigkeiten menschliche Unzulänglichkeit und Schuld aufzuspüren und an dem Prügelfetisch des Obrigkeitsstaates seinen Arger über schlechtere Existenzbedingungen in der Gesellschaft der Nationen auszulassen.

Bestimmten Schriftstellern unserer demokratischen Presse bleibt der traurige Ruhm vorbehalten, den politischen „Berläufer und Renegaten zu spielen, und zum Gaudium des höhnisch-zufriedenen Auslandes das eigene Nest zu beschmutzen. So neuerdings wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch in der „Glocke“. Er erklärt, das alte Preußen habe sich unfähig erwiesen, seine historische Mission zu erfüllen, und zur Erläuterung entwirft er das bekannte maßlos verzerrte Bild des Buchthausstaates. Das Land, ein erweiterter Kasernenhof, wo an Stelle des Unteroffiziers der allmächtige Beamte seinen Batel schwingt. Die Bewohner in „weiten Kreisen“ feige Bedientenseelen, die vor dem uniformierten Eschinownik zittern oder ihn wie ein höheres Wesen anstaunen. Auf ihre trüben Jammergestalten, die „gar kein Gefühl für das Entwürdigende ihres Zustandes haben“, fällt dann —

ein bekannter Lichteffect dieser politischen Malerei — der Glanz des „sich in berechtigter Empörung aufbäumenden freien Mannes“, dessen Typus, obwohl das nicht gesagt wird, natürlich jenseits der Grenzen zu finden ist. Um dergleichen Tendenzreden zu widerlegen, brauchte man nur — die Glocke des Herrn Parvus zu zitieren, in deren Spalten wiederholt in sehr vernünftiger Weise der krankhaften Kritikucht an heimischer Art entgegengetreten wurde, sei es, daß ein französischer Sozialist den wahren „Korporalismus“ bei sich zu Hause entdeckte, sei es, daß an Scheidemanns Stockholmer Warnung vor den maßlosen Übertreibungen der Ohnmacht deutscher Demokratie und der Übermacht preußischer Obrigkeit erinnert wird. Erst die unmittelbar vorhergehende Nummer (vom 10. August) hatte eine „Zuschrift“ veröffentlicht, die sich gegen „die in deutschen Köpfen spukende Vorstellung von dem in Deutschland besonders anmaßenden Beamtentum und dem vor ihm besonders würdelos kriechenden Volk“ wendet, und das Urteil des Dänen West anführt, daß unser Volk in seinem öffentlichen Leben in vielem weit demokratischer sei, als die mit Vorliebe die „freien“ genannten Ententevölker. Wie paßt übrigens bei Herrn Girsch das fanatische Eifern gegen alles Bureaokratische zu dem sozialistischen Programm, das naturnotwendig für einen starken Staatszwang eintreten muß und dessen „angestrebte systematische Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung gleichbedeutend wäre mit der Aufrichtung eines ungeheuerlichen Systems von Bevormundung, Überwachung und Freiheitsbeschränkung“, wie der jetzige Kanzler als Professor es einmal ausdrückte. Von der Probe aufs Exempel durch den Verfassungsentwurf der föderativen Sowjetrepublik\*) ganz zu schweigen! Bei einem individualistischen Manchesterliberalen könnte man eine solche Gesinnungsfeindschaft wohl verstehen, bei dem Sozialisten Girsch paßt sie wie die Faust aufs Auge. Oder sollte er die Trauben nur deshalb sauer nennen, weil sie seiner Partei zu hoch hängen?

Es ist das gute Recht einer radikalen Partei, mit dem Bestehenden nicht zufrieden zu sein und in nie rastendem Fortschritt dem Ziele einer Vervollkommnung der staatlichen Zustände nachzustreben. Muß sie aber zu diesem Zwecke die Vergangenheit mit Fußritten bedenken, muß sie das in einer Zeit, wo auch dem parteiverblendetesten Auge klar gemacht wird, welche moralischen Energien aus dieser Vergangenheit quellen und in einem Niesenkampfe das Vaterland aufrecht erhalten?! Oder ist es nicht das verächtliche „alte Preußen“ gewesen, dessen Kräfte uns über die Schwelle gehoben haben, die ins Reich der Bewährung und der Erfolge führte? In England gestand man schon 1915, der eigene Staat wäre an Deutschlands Stelle längst zusammengebrochen. Wir schätzen den nationalen Willen der sozialdemokratischen Massen wahrlich nicht gering ein, aber daß diese Massen es allein gewesen sind, die unser Land gerettet haben, wird auch Herr Girsch schwerlich beweisen können, wenn auch das Berliner Zentralorgan seiner Partei die kühne Behauptung wagt, daß deren Interessen ohne weiteres mit denen des gesamten Vaterlandes gleichzusetzen seien.

Girsch ist leider nur ein Beispiel für viele. Erst jüngst berief sich der „Figaro“ wieder auf die Klage der Fortschrittler, daß Preußen nach den Methoden des achtzehnten Jahrhunderts regiert werde, eine Ansicht, die sich Girsch ja in jeder Zeile seines Aufsatzes zu eigen macht. Ist man sich im Lager unserer Demokraten nicht klar, wie verhängnisvoll die verletzende Kritik an den heimischen Zuständen in den langen Jahren vor dem Kriege und nicht minder während desselben gewirkt hat, wie jedes abfällige Wort im Ucker unserer Feinde hundertfältig Frucht trug und ihre Propagandarüstung verstärkte? Jene Leute klagen über das verantwortungslose Treiben der Alldeutschen, die den Mühlen der Entente das Wasser zutreiben; aber wenn diese dazu beigetragen haben, unser Staatswesen in den Geruch des Welteroberers zu bringen, ist darum die Schuld ihrer sich so pharisäerhaft gebärdenden Gegner geringer, die demselben Staatswesen das Stigma absolutistischer Willkür und obrigkeitlichen Zwanges an die Stirn schreiben? Viel-

\*) Bgl. Heft 34 der „Grenzboten“.

mehr nicht eher noch größer, da doch das Beispiel Englands zeigt, wie man die Welt zu beherrschen vermag, ohne daß sich die Völker darüber erregen, weil sie sich durch die Phrasen von Freiheit und Verfassung betäuben lassen?!

Der Artikel des Herrn Hirsch legt aber auch eine Frage an die Zeitschrift nahe, die ihm ihre Blätter zur Verfügung gestellt hat. Man wird den Kreuzartikeln schwerlich den Vorwurf machen können, daß sie dem sozialistischen Problem nicht das gebührende Verständnis entgegenbringen. Wir haben im Gegenteil keine Gelegenheit vorüber gelassen, ohne auf die positiv schaffenden Kräfte im Lager der Sozialdemokratie hinzuweisen und ihre kritiklose Vermengung mit der intransigenten Parteischlacke zu bekämpfen, ein Verfahren, das jene vor den Kopf stößt und geeignet ist, dem Vaterlande kaum gewonnene wertvolle Kräfte wieder zu entziehen. Zu ihnen gehört der Kreis wissender und im allgemeinen gemäßigter Männer sozialistischen Glaubens, die sich in den kleinen grauen Heften der „Glocke“ ihr literarisches Organ geschaffen haben. Wer die hier erscheinenden Artikel der Heilmann, Lensch, Kundé, Teschemacher u. a. zu lesen pflegt, der glaubte, das Morgenrot einer besseren Zukunft unseres an bössartigem Zwiespalt leider so reichen innerpolitischen Lebens zu sehen. „In den Veröffentlichungen dieser sozialdemokratischen Wochenschrift ist wahrlich dem Reiche gegeben worden, was dem Reiche gehört, nicht aus irgendeinem gescheiterten Zweckgedanken, einer klugen Berechnung heraus, sondern aus einem reinen, selbstlosen Gefühl hingebender Liebe zum deutschen Vaterlande. Wir haben uns bekannt, und bekennen uns zu ihm, weil deutsche Erde unsere Mutter ward und deutsche Eichen unsere Heimat sind, weil deutsche Kultur, Gesittung und Gesinnung uns als ein heiliges Volkergut dünken, das wir verteidigen mit dem Blute unseres Herzens gegen das Wort der Verdächtigung, wie gegen Waffengewalt.“ Dieses Bekenntnis findet sich in einer Antwort der „Glocke“ auf die neuesten Veröffentlichungen antisozialdemokratischer Kampforganisationen, auf ihre zum Teil — vergleiche den Aufruf der Kaiserstreuen — mit dem häßlichen Mittel der Verleumdung arbeitenden Methoden. Die unbeirrte Antwort der „Landesverräter“ bestätigt nur das über die Zeitschrift von uns gefällte Urteil. In Stunden der Entfremdung und des Schmerzes über erlittene Wunden quillt zur Rechtfertigung heiß aus der Tiefe des Herzens, was für gewöhnlich unausgesprochen bleibt. Aber gerade, weil wir uns dieses Geständnisses ehrlich freuen, fragen wir seinen Verfasser Alwin Saenger und die Zeitschrift, in der es sich findet: Wie verträgt sich die Harmonie solcher echten Vaterlandsliebe mit den gleich darauf folgenden schrillen Mißtönen des Herrn Hirsch über das unfähige, absolutistische Obrigkeitsystem Preußens? Will man etwa den spitzfindigen Unterschied machen zwischen dem farblos-abstrakten Begriff des „Vaterlandes“ und der lebendig-konkreten Erscheinung des preußischen Staatswesens? Bildet nicht vielmehr dieser Staat in Art und Unart einen und zwar recht bedeutenden Bestandteil jenes Vaterlandes und ermöglicht nicht erst seine robuste Existenz die gesicherte Ausbreitung und Förderung des „heiligen Volkergutes“ deutscher Kultur, Gesittung und Gesinnung?“

Der Reichskanzler traf den Nagel auf den Kopf, als er die deutsche Form der Kriegspsychose geißelte, die sich in verstärkter Neigung zur Kritik der heimischen Zustände äußere, während sie bei den Feinden sich als Schmähung und Verleumdung Deutschlands Luft macht. Die Sucht, am eigenen Herde zu nörgeln, ist in der Tat ein Kennzeichen des Deutschen, das sich aus historischen Schicksalen zur Genüge erklären läßt. Da wo sich, wie in Preußen, Gelegenheit zu politischem Handeln bot, zwang die Spannung der internationalen Lage die Obrigkeitsregierung, das Steuer selbst fest in die Hand zu nehmen. Durch solche Vormundschaft in die Negative gedrängt, entwickelte „das regierbarste Volk der Welt“ (le peuple le plus gouvernable du monde) gleichsam als Ersatz den Gang zum Räsonnieren, dessen oft übergroße Schärfe nicht nur Graf Hertling, sondern Politiker der Oppositionsparteien anerkannt haben. Außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle mangelte selbst jene Gelegenheit, und die Folge war ein Verkümmern des Nationalgefühls, das mit einer kritiklosen Bewunderung des Fremden Hand

in Sand ging. „Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, vergebens“, riefen die Dichterdioskuren 1796 ihrem Volke entgegen. Wie sollte dieses das naiv-selbstverständliche Gefühl von der Überlegenheit heimischer Institutionen erwerben, das zum Beispiel der Engländer sein eigen nennt? Freilich hat auch unser Nationalfehler seine Tugend. Ist jener ein Produkt geschichtlicher Entwicklung, so führt diese zu den tiefsten Gründen unseres Wesens. Die stete Unzufriedenheit mit dem Selbst, das immer strebend Sichbemühen, die Philosophie des Werdens ist deutsch im Gegensatz zu den auf abgeschlossene Klarheit und Fertigkeit sehenden Westvölkern. Doch die maßlos gehässige Kritik des politischen Parteinannes genießt nicht den Schutz psychologisch-nationaler Deutung, zumal in Zeiten, wo das Vaterland in Gefahr ist. Drum war gegen sie scharfer Protest am Platze.

Das darf nicht mißverstanden werden. Auch wir trennen Vergangenheit und Zukunft. Der Obrigkeitsstaat war eine historisch-politische Notwendigkeit, doch einmal kommt die Stunde, wo auch der beste Lehrer sich als solcher überflüssig machen soll. In der Weltrevolution von 1914 hat sie geschlagen. Die katastrophalen Ereignisse der Gegenwart haben eine Entwicklung beschleunigt, die mancher von uns lieber langsamer ausreifen sähe. Genug, die Forderung ist da und muß erfüllt werden. Man hat nicht mit Unrecht gemeint — und daß es von konservativer Seite geschah, erhöht den Wert des Wortes —, bei uns sei im Drange der gefährdeten geographisch-politischen Lage das herrschaftliche Prinzip einseitig überspannt worden. Ehrliche Erkenntnis kommt nie zu spät. So fühlen wir heute die Notwendigkeit, unser staatliches Leben nach jenem anderen Pole, dem des Genossenschaftsgedankens hin, stärker zu orientieren, als es bisher geschah und damit eine Entwicklung zu fördern, deren Keime und Elemente auch in unserer politischen Gemeinschaft — nur das vor Haß stiere Auge des Feindes kann es leugnen — in reicher Fülle vorhanden sind. Damit sollen die Gedanken des Freiherrn vom Stein eine neue Blüte erleben, und diesmal darf nicht der Reif einer kurzichtigen und engherzigen Reaktion ihre Entfaltung verhindern, denn es steht mehr auf dem Spiele als vor hundert Jahren. Der zur Sache aller gewordene Staat muß ein Volksstaat in wahrsten Sinne des Wortes werden. Was hier Wahrheit bedeutet, werden die Kämpfe der Zukunft lehren. Vor der Hand denkt man sich selbst im Lager der Linken noch recht verschiedenes darunter, wie wiederholte scharfe Absagen von sozialistischer Seite an die Adresse der angeblichen oder wirklichen Verfechter des parlamentarischen Partei Staates beweisen. Volksstaat und „party system“ ist nach Ansicht dieser Stimmen eben zweierlei. Wie die Würfel auch fallen mögen, im Kampfe zwischen Autorität und Freiheit, Herrschaft und Genossenschaft, Bürokratie und „national government“ darf es — wenigstens in Deutschlands prekärer Lage — keine Sieger und Besiegte geben. Hier ist der so oft geschmähte Kompromiß besser als sein Ruf und die Lehre der Alten vom Ideal der gemischten Verfassung noch unwiderlegt, wenn auch das Mischungsverhältnis sich gegen früher beträchtlich verändern wird. Der friderizianische und der Bismarckische Obrigkeitsstaat gehören der Vergangenheit an, aber wie ihre Rudimente nur deshalb in die moderne Zeit hineinragen konnten, weil ihre Gediegenheit unzweifelhaft war, so wird auch die Zukunft getrost auf solchem Grunde sichere Wohnstätten bauen dürfen. 

